Stadt Liestal
Einwohnerrat

Protokoll der 29. Sitzung des Einwohnerrates

vom 21. August 2019, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 36 Mitglieder

Entschuldigt: Ratsmitglieder Büchi Vreni (FDP), Eisenring Fabian (SP), Holinger Lorenz (SVP) und Jeitziner Karin (FDP)

Traktanden	**Laufnummer**
Traktandenliste Das *Postulat zur Erhöhung der Personalressourcen* wird vom Postulanten Fabian Eisenring (SP) zurückgezogen und das Geschäft von der Traktandenliste abgesetzt.	2019/151
1. Protokoll der Ratssitzung vom 26. Juni 2019 *://: Das Protokoll vom 26.06.2019 wird einstimmig genehmigt.*	
2. Antennenreglement - Interpellation in Zusammenhang mit 5G von Vreni Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion; schriftliche Antwort Stadtrat *Die Interpellation wird beantwortet und ist somit erledigt.*	2019/143 2019/143a
3. Seniorenparkanlagen - Interpellation «Bewegungsgeräte für Seniorenparkanlagen» von Vreni Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion *Die Interpellation wird beantwortet und ist somit erledigt.*	2019/144
4. Deponie Elbisgraben - Interpellation betreffend erhöhte Arsenwerte in der Deponie Elbisgraben von Loris Jeitziner und Dominique Meschberger der SP-Fraktion *Die Interpellation wird beantwortet und ist somit erledigt.*	2019/145
5. Parkkarten - Postulat betreffend Parkkarten auf öffentlichen Parkplätzen von Hanspeter Meyer namens der SVP-Fraktion, Daniela Reichenstein namens der FDP-Fraktion und Stefan Fraefel namens der CVP/EVP/GLP-Fraktion *://: Das Postulat wird einstimmig an den Stadtrat überwiesen.*	2019/149
6. Klimaangepasste Stadtentwicklung - Postulat «Klimaangepasste Stadtentwicklung: Analyse - Strategie - Massnahmen für erhöhte Lebensqualität in Liestal» von Benjamin Holinger der Grünen Fraktion, Loris Jeitziner der SP-Fraktion und Vreni Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion *://: Das Postulat wird mit 27 Ja-Stimmen gegen 6 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen an den Stadtrat überwiesen.*	2019/150

7.	Stadthalle - Interpellation «Stadthalle light» von Pascale Meschberger der SP-Fraktion *Die Interpellation wird beantwortet und ist somit erledigt.*	2019/152
8.	Fragestunde *In der Fragestunde werden vom Stadtrat 7 Fragen und 2 Zusatzfragen beantwortet.*	-

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) heisst die Einwohnerrats- und Stadtratsmitglieder sowie Medienvertreter und Gäste zur ersten Sitzung im neuen Amtsjahr 2019/2020 willkommen.

In seiner Antrittsrede richtet Ratspräsident Werner Fischer (FDP) folgende Worte an die Anwesenden im Saal:

Ich freue mich sehr, Sie ab diesem Sessel begrüssen zu dürfen. Ich konnte diese Aussicht von da vorne bereits seit einem Jahr geniessen, aber auch als höchster Liestaler sehe ich den Stadtrat nur von hinten. Das Amt freut mich natürlich auch, weil ich seit nun über 55 Jahre in diesem Städtchen aufgewachsen bin, Liestal ist mir ans Herz gewachsen und in Vereinen und mit anderen Engagementes bin ich am Geschehen aktiv beteiligt. Es ist mir eine Ehre und ich verstehe das Amt vor allem als Dienst an unserer Organisation und an unserer Gemeinde. Ich reihe mich in meine Vorgänger ein und möchte unseren Rat ebenfalls effizient, pflichtbewusst und gut führen. Wir sollten uns aber auch regelmässig die Frage stellen, ob unsere Mitbürger, die wir ja zu vertreten haben, etwas von unserer Arbeit spüren und diese in ihrem Sinne ist. Ich wünsche mir auch einen Einwohnerrat, der sich an den 3 K orientiert. Aber bevor nun allenfalls anwesende Offiziere frohlocken, ich meine damit natürlich Kompetenz, Kreativität und Kommunikation. Obwohl wir alle unsere Freizeit für unser Amt zur Verfügung stellen, opfern wäre für mich das falsche Wort, gewissenhaft und pflichtbewusst arbeiten, darf auch der Humor nicht zu kurz kommen und es darf auch zwischendurch gelacht werden. Gelacht heisst nicht ausgelacht und Humor heisst nicht, dass der Rat zum Cabaret werden soll. Ich freue mich sehr, dass der Einwohnerrat von Liestal weitgehend blockfrei ist. Es wird offen, ehrlich und manchmal auch hart diskutiert, es werden Kompromisse geschmiedet und man kommt zusammen weiter. Dass sich Liestal nach etlichen Jahren der Stagnation in den letzten Jahren so erfreulich entwickelt hat, ist zu einem grossen Teil den hier Anwesenden zu verdanken. In vielen Bereichen ist man vorwärts gekommen, es ging im Rat teilweise schon fast harmonisch zu und auch wichtige Entscheide sind meist mit einer grossen Mehrheit verabschiedet worden. Ich denke da zum Beispiel an unsere immer noch neue Rathausstrasse, die unser Rat praktisch einstimmig beschlossen hat. Diese wurde dann zügig gebaut hat hat sich derartig erfreulich entwickelt, dass selbst die früheren kühnsten Erwartungen sogar übertroffen wurden. Ich denke aber auch an unseren neuen Bahnhof, mit dem Vierspurausbau und dem neuen Hochhaus. Bei diesem Projekt stehen wir erst am Anfang einer langen und zum Teil auch schmerzlichen Bauzeit. Auch dieses Projekt ist nach einer langen Beratung hier im Rat praktisch einstimmig beschlossen worden und auch die Volksabstimmung konnte dank einer grossen Unterstützung mit einer grossen Mehrheit gewonnen werden. Und man merkte, dass der Wind in Liestal gedreht hat und Liestal vom Verhinderer-Stedtli zum Ermöglicher-Stedtli wurde. Bei diesem Projekt kann die Schlussbilanz noch nicht gezogen werden, aber ich bin sicher, dass auch diese positiv ausfallen wird. Ich persönlich bin ein Mensch, der immer viel lieber nach vorne blickt und Pläne für die Zukunft schmiedet. Natürlich ist auch unsere Gegenwart und vor allem unsere Vergangenheit wichtig, denn sie bilden das Fundament unserer Erfahrung. Aber wir alle haben immer nur eine Vergangenheit, bei der Zukunft haben wir immer mehrere Möglichkeiten. Denn wir können auswählen, bevorzugen, teilweise Chancen packen oder auch ganz einfach sein lassen. Und so sagte Albert Einstein einmal treffend «Am meisten von allem interessiert mich die Zukunft, denn das ist die Zeit, in der ich leben werde». Herzlichen Dank für eure Unterstützung. Ich freue mich sehr auf dieses Jahr, eine gute Zeit mit euch und vor allem auf gute Geschäfte und Beschlüsse für unsere Zukunft und die von Liestal.

Mitteilungen des Ratsbüros sowie des Ratspräsidiums

Vom Ratsbüro werden folgende Mitteilungen gemacht:

- An der heutigen Sitzung dürfen speziell Susanna Thommen und Andreas Salathe der CVP/EVP/GLP-Fraktion als neue Einwohnerratsmitglieder begrüsst werden.

  Sonja Niederhauser (CVP/EVP/GLP) stellt die neue Ratskollegin Susanna Thommen (CVP/EVP/GLP) vor: Sie ist in Hölstein aufgewachsen und wohnt seit nunmehr 33 Jahren in Liestal. Sie hat 3 Kinder und 1 Enkelkind, ist gelernte Floristin und Gestaltungspädagogin. Viele werden sie wohl als Geschäftsleiterin des "Mosaik" gegenüber dem Rathaus kennen. Ihre Fraktion freut sich auf eine gute Zusammenarbeit und wünscht der neuen Kollegin für das neue Mandat alles Gute.

  Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) stellt ferner Andreas Salathe (CVP/EVP/GLP) dem Rat kurz vor: Er ist verheiratet und Vater von 2 Kindern. Er ist Chemiker von Beruf und in der Freizeit ist er unter anderem Tambour einer Fasnachtsclique in Liestal. Seine Fraktion freut sich über die personelle Verstärkung und wünscht ihm für die Zukunft alles Gute sowie viel Erfolg.

- Das Schreiben von Einwohnerrätin Karin Jeitziner (FDP) vom 20.08.2019 wird verlesen, mit welchem diese ihren sofortigen Rücktritt bekannt gibt.

Tischpapiere

Den Ratsmitgliedern sind folgende Tischpapiere verteilt worden:

- Stimmausweis, gelb

Neue persönliche Vorstösse

Es sind keine neuen Vorstösse eingegangen.

Stimmenzähler/innen

Auf Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmenzähler/innen bestimmt:

- Meyer Denise (SVP)	Seite A (SP, GL)
- Imsand Bruno (FDP)	Seite B (SVP, CVP/EVP/GLP)
- Quensel Marianne (SP)	Seite C (FDP) + Präsidium, Referent/in

Persönliche Erklärungen / Fraktionserklärungen

Von den Fraktionen und auch den Ratsmitgliedern werden keine Erklärungen abgegeben.

Mitteilungen des Stadtrates

Stadträtin Marie-Theres Beeler äussert, dass die Leitungsbaustelle an der Bruckackerstrasse tatsächlich mit der Trinkwasserverunreinigung von anfangs Juli etwas zu tun hat. Die Gründe der Verunreinigung sind eingekreist, da die Ursachenklärung aber noch nicht ganz abgeschlossen ist, wird vom Stadtrat noch nichts kommuniziert. Sobald der ausführliche Schlussbericht vorliegt, werden die Medien, der Stadtrat und die GPK darüber in Kenntnis gesetzt. Als die Verunsicherung der Bevölkerung im Zusammenhang mit der Trinkwasserqualität aktuell war, ist auch die Information und Kommunikation des Stadtrates sowie Verwaltung angesprochen worden. Empfindliche Institutionen wie das Kantonsspital, die Psychiatrie, die Alters- und Pflegeheime usw. sind umgehend über die Havarie und die zu treffenden Vorsichtsmassnahmen informiert worden. Die anschliessende Kommunikation der Medien, der Stadt Liestal und involvierten Nachbargemeinden ist anschliessend vom Kantonalen Krisenstab übernommen worden. Wichtig war ja vor allem die Tatsache, dass es zu keinen gesundheitlichen Beeinträchtigungen gekommen ist. Der Wasserversorgung ist im Zusammenhang mit der Ereignisbewältigung ein gutes Zeugnis ausgestellt worden. Bereits an dieser Stelle möchte sie all denjenigen den besten Dank dafür aussprechen, die sich bei der Krisenbewältigung engagiert hatten.
Im Zusammenhang mit dem Kunstrasenfeld im Gitterli haben sich entgegen der Vereinbarung mit der beauftragten Firma Verzögerungen ergeben, denn der Bauabschluss hätte per 5. August 2019 erfolgen sollen. Nebst dem Ärger wegen der Lagerung des alten Kunstrasens ist noch die Ungeduld betreffend den tangierten Vereinen aufgekommen, die sich beispielsweise an einen Spielplan halten müssen. Bis am nächsten Dienstag müssen noch weitere Fussballspiele ausgelagert werden. In der Basler Zeitung ist letzte Woche betreffend herumliegenden Granulat berichtet und gar in einer Schlagzeile festgehalten worden, dass die Stadt Liestal auf den Umweltschutz pfeife. Am 13. August 2019 hatte darauf hin die Stadt über den Sachverhalt als Neuigkeit auf ihrer Homepage informiert. Die letzten Resten des alten Kunstrasens sind sind nach den vorgängig erwähnten Verzögerungen und verschiedenen Abmahnungen am letzten Montag doch noch abgeführt worden. Der Austausch des Kunstrasenfeldes war leider eine ärgerliche Geschichte, doch gab es nie eine Gefährdung des Grundwassers im Gitterli.

Stadtpräsident Daniel Spinnler hält fest, dass beim Eingang die Festabzeichen für das Stadtfest Liestal vom 6. - 8. September 2019 erworben werden konnten. Ziemlich genau sind 30 Jahre seit dem letzten Stadtfest vergangen und so freut sich auch das OK riesig über den bevorstehenden Grossanlass in ein paar Tagen. Das Detailprogramm ist zwischenzeitlich im Internet aufgeschalten worden und bei einem Rundgang vom 5. September 2019 über das Festgelände werden die Medienverantwortlichen noch Wissenswertes erfahren. Zu diesem Anlass sind auch die Ratsmitglieder eingeladen worden.

Traktandenliste

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) stellt fest, dass zur Traktandenliste keine Wortbegehren angemeldet werden.

Mit E-Mail vom 20. August 2019 hat sich Fabian Eisenring (SP) für die heutige Ratssitzung entschuldigt und mitgeteilt, dass er das Postulat zur Erhöhung der Personalressourcen (Nr. 2019/151) zurückzieht. Diesen Entscheid begründet er damit, dass der Entwicklungsplan 2020-2024 bald dem Einwohnerrat vorgelegt wird und somit der Zeitpunkt für die Behandlung seines Vorstosses nicht der Richtige ist. Das als 7. Traktandum traktandierte Geschäft wird von der Traktandenliste abgesetzt.

://: Der Rat beschliesst einstimmig die Behandlung der traktandierten Geschäfte gemäss Einladungsschreiben vom 07. August 2019 und nimmt zur Kenntnis, dass das Postulat Nr. 2019/151 "Personalressourcen" nach dem Rückzug durch den Verfasser an der heutigen Sitzung nicht behandelt wird.

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) informiert darüber, dass es wegen der kurzen Traktandenliste keine Sitzungspause geben wird. Die Mitglieder der FIKO und GPK treffen sich im Anschluss an die Sitzung noch kurz bei den jeweiligen Kommissionspräsidenten, damit die nächsten Kommissionssitzungen terminiert werden können.

244 0.01.011.01 Einwohnerrat

1. Protokoll der Ratssitzung vom 26. Juni 2019

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) informiert, dass das Büro dem Rat die Genehmigung des letzten Sitzungsprotokolles beantragt, da keine Änderungsanträge eingegangen sind. Er kann feststellen, dass aus dem Rat keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Das Protokoll der Ratssitzung vom 26. Juni 2019 wird einstimmig genehmigt.

245 0.01.011.01 Einwohnerrat

2. Antennenreglement - Interpellation im Zusammenhang mit 5G von Vreni Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2019/143)

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

Vreni Wunderlin-Friedli *Liestal, 20. Mai 2019*
CVP/EVP/GLP

Interpellation in Zusammenhang mit 5G

In den letzten 4 Jahren verdoppelte sich der mobile Datenverkehr jedes Jahr. Durch eine bessere Nutzung der bestehenden Antennen oder den Bau neuer Antennen will die Industrie den Weg für den neuen Mobilfunkstandard ebnen – ungeachtet möglicher Gefahren.
Telekomfirmen wie Swisscom und Sunrise haben praktisch unbesehen von der Öffentlichkeit in der Schweiz Testnetze aufgestellt. Es handelt sich dabei um bestehende Mobilfunkmasten, die mit den neuen wesentlichen grossen 5G-Antennen ausgestattet worden sind.

Für mich stellen sich folgende Fragen:

1) Wie sieht die Situation in Liestal aus?
2) Inwieweit kann die Stadt Einfluss nehmen auf vorgesehene Standorte?
3) Wäre die Stadt bereit, ein Antennenreglement, so wie dies in anderen Gemeinden bereits besteht, zu erstellen, damit gewisse Regeln Beachtung finden?
4) Inwieweit ist die Stadt bereit, die Bevölkerung einzubeziehen respektive mit der Bevölkerung zusammenzuarbeiten?
5) Wie sieht es mit der Strahlenbelastung aus – Grenzwerte, insbesondere bei Schul- und Sportanlagen?

Ich bedanke mich für die schriftliche Beantwortung dieser Fragen.

Vreni Wunderlin-Friedli

* * * * * * * * * * * * *

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) hält fest, dass das Geschäft gemäss Antrag der Interpellantin an der Sitzung vom 26. Juni 2019 von der Traktandenliste abgesetzt wurde.
Die Interpellantin möchte sich nun zur schriftlichen Antwort des Stadtrates gemäss Vorlage Nr. 2019/143a äussern, welche an der letzten Sitzung als Tischpapier verteilt wurde.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) erklärt als Interpellantin, dass sie den Bericht zwischenzeitlich detailliert lesen konnte und dem Stadtrat für die schriftliche Beantwortung danke. Einerseits will man eine immer schnellere und leistungsfähigere Digitalisierung und doch weiss man immer noch sehr wenig über die Folgen wie beispielsweise die Strahlenbelastung. Sie habe zahlreiche Berichte für und gegen den 5G-Ausbau gelesen. Das deutsche Bundesamt für Strahlenschutz schreibt von Unsicherheiten hinsichtlich möglicher gesundheitlicher Schäden, speziell bei Kindern. Die ehemalige Bundesrätin Doris Leuthardt hat eine Arbeitsgruppe eingesetzt, welche sich mit den Grenzwerten befasst. Die Handybenützung wird von den Benützern selbst, der Antennenbau jedoch von den Anbietern gesteuert. Die Gemeinden müssen deshalb die Übersicht über die Antennen behalten und so scheint ihr die Ballung an Antennen in den Wohngebieten Liestals doch recht gross zu sein. Jeder Anbieter hat seine eigene Antenne und eine Zusammenlegung derselben sollte doch möglich sein. Gemäss Gesetzgebung können Gemeinden alternative Standorte verlangen und da die Gemeinden jährlich über die Netzplanung informiert werden, können sie auch Einfluss nehmen. Die Bevölkerung ist verunsichert und im Zusammenhang mit dem neuesten Baugesuch für eine An-

tenne beim Gestadeckplatz sind Unterschriften gesammelt und beim Bauinspektorat deponiert worden. War denn die Stadt bei den Vorabklärungen des Swisscom-Baugesuches involviert? Wegen Opposition der Bevölkerung ist eine Antenne erst kürzlich in Röschenz abgelehnt worden. Sie plädiert nach wie vor für ein Antennenreglement mit verschärften Richtlinien.

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass von der Interpellantin die Diskussion gewünscht wird und dies vom Rat auch gutgeheissen wird.

Natalie Oberholzer (GL) erklärt als Einzelsprecherin, dass die gesundheitlichen Risiken der 5G-Technologie nach wie vor ungeklärt sind. Klar ist aber auf jeden Fall, dass die kurzwellige Strahlung von der Haut absorbiert wird. Was dies für Folgen hat, wissen wir nicht. Wir sind im Moment Versuchskaninchen. Deswegen fordern die Ärzte für Umweltschutz ein Moratorium für 5G und auch sie plädiere für einen Baustop für weitere 5G-Antennen in Liestal. Neben dem Gesundheitsrisiko habe ich aber noch ganz andere Bedenken, nämlich der hohe Stromverbrauch, der mit der 5G-Technologie noch zunehmen wird. Es ist nicht so, wie uns Swisscom und Sunrise weissmachen möchte, dass diese Technologie umweltfreundlich ist. Mehr Geschwindigkeit bedeutet mehr Datenstrom. Es braucht immense Datenmengen, um die riesige Rechenleistungsfarmen verarbeiten zu können. Bereits heute verbraucht die IT-Branche rund sieben Prozent des weltweit produzierten Stroms. Allein Bitcoin verbraucht soviel Strom wie ganz Dänemark, was man sich zuallererst mal vor Augen führen muss. Wenn wir per 5G massenhaft Videos streamen, kann dies den Stromverbrauch noch mehr aufheizen. Auch die ETH warnt übrigens vor der Zunahme des Stromverbrauchs mit 5G, denn 4G befindet sich immer noch im Aufbau und 5G kommt zusätzlich hinzu. Wer braucht eigentlich dieses 5G-Netz tatsächlich? Brauchen wir es für effizienteres Streaming und gamen oder brauchen es andere, um Gesichtserkennung flächendeckend einzuführen, Roboter anstelle von Menschen vermehrt einzusetzen oder den Ressourcenverschleiss durch Luxusgüter noch weiter anzukurbeln? Ist der Zusatznutzen für uns Menschen tatsächlich so gross, dass wir unsere Gesundheit und Umwelt auf das Spiel setzen und Energie dafür verschwenden? Oder genügt nicht das jetzige Netz? So lange noch so viele Fragen ungeklärt sind, sollten wir das Experiment zumindest in Liestal stoppen.

Reto Derungs (SP) meint, es habe ihn schon etwas erstaunt, als er gehört habe, dass das Bundesamt für Kommunikation für fast 400 Mio. Franken die Lizenz an drei Anbieter verkaufen konnte. Kurz nach dieser Vergabe hatte der Ständerat knapp eine Motion abgelehnt, bei welcher es um die Erhöhung der Grenzwerte der Strahlenschutzverordnung ging. Das heisst, dass nun die drei Lizenznehmer nicht wie geplant alle drei Kilometer eine grosse Antenne bauen werden, sondern auch mehrere kleinere Antennen in den Städten erstellen. Das macht den Ausbau des 5G-Netzes extrem teuer und diese Mehrkosten werden die Abonnenten und Nutzer berappen müssen. Die neue 5G-Technik wird dann vielleicht auch gar nie gebaut, doch 4G dürfte uns allen wohl durchaus auch genügen. Der 5G-Entscheid müsste den Kantonen überlassen werden, denn es kann ja nicht sein, dass eine Gemeinde die neue Technik ablehnt und ihre Nachbargemeinde diese unterstützt. Die SP-Fraktion unterstützt grossmehrheitlich den stadträtlichen Vorschlag.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) sagt, er möchte nach den vorgängigen kritischen Voten doch auch die Gegenposition vertreten. Er selbst kann die Gefährlichkeit von 5G-Antennen auch nicht einschätzen, doch ist die Technik nicht wesentlich anders als 4G. Es ist aber schon der falsche Weg, wenn man aus Angst einfach etwas verbietet. Im letzten Jahrhundert hatte es ja auch massive Bedenken wegen der Benützung von Dampfzügen gegeben. Dass sich diese nicht bewahrheitet haben und beispielsweise gesundheitsschädigend sind, wissen wir zwischenzeitlich auch. Wir werden auch den Wandel betreffend en Mobilfunkantennen nicht aufhalten können, da wohl die meisten Leute immer mehr und schneller Daten nutzen möchten. Natürlich soll nicht alles Neue einfach bewilligt werden, doch ein alleiniges Verbot wegen der Möglichkeit, dass es gefährlich sein könnte, dürfte wohl auch der falsche Weg sein. Die Grenzwerte in der Schweiz sind rund 10 x tiefer als in den EU-Ländern.

Stadtrat Franz Kaufmann hält im Zusammenhang mit der gestellten Frage der Interpellantin fest, dass von der Gesuchstellerin keine Vorabklärungsanfrage bei der Stadt Liestal betreffend der Gestadeck-Antenne eingegangen ist. Der Stadtrat hatte beim Baugesuch auch Einsprache erhoben, doch ist diese aus städtebaulichen Gründen eingereicht worden, da die diesbezüglichen Eingrenzungen im tangierten Quartierplan nicht formuliert sind. Die Messungen werden vom Lufthygieneamt des Kantons durchgeführt. Eine übergeordnete Gesetzgebung durch den Kanton wird auch von ihm unterstützt.

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) stellt fest, dass zur Interpellation keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Interpellation Nr. 2019/143.

246 0.01.011.01 Einwohnerrat

3. Seniorenparkanlagen - Interpellation «Bewegungsgeräte für Seniorenparkanlagen» von Vreni Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2019/144)

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

Vreni Wunderlin-Friedli *Liestal, 20. Mai 2019*
CVP/EVP/GLP

Interpellation Bewegungsgeräte für Seniorenparkanlagen
Beweg-dich-fit Helfen mit System.

Ein Seniorenpark ist ein Unterhaltungsangebot, das zu einem gesunden Leben der Senioren beiträgt. Eine körperliche Aktivität hat positive Auswirkungen auf den sozialen Bereich und das weitere Umfeld.

Eventuell könnte man bei der zukünftigen Planung Allee eine solche Outdoor-Anlage einplanen. Es wäre eventuell auch möglich, zwei, drei solcher Geräte bei der bereits bestehenden Outdooranlage auf dem Gitterli zu platzieren. Eine weitere Idee ist, die Kinderspielplätze damit auszurüsten. Die aktiven Grosseltern hätten dann auch die Möglichkeit sich selbst noch sportlich zu betätigen. Jung und Alt bewegen sich gemeinsam.

Das Sportamt konnte bereits sechs solcher Parks mit unterschiedlichen Geräten mitfinanzieren. Aktuell unterstützt das Sportamt Gemeinden beim Bau solcher Parks über den Swisslos Sportfonds und hilft auch mit dem Gerätehersteller Kontakt aufzunehmen.

Für mich stellt sich folgende Frage:

Wäre dies ein Angebot für Liestal?

Vreni Wunderlin-Friedli

* * * * * * * * * * * * *

Stadtrat Daniel Muri erklärt, dass er auf Anfrage von Herrn Christian Saladin vom Sportamt folgende Antwort erhalten habe (Zitat): "Der Bewegungspark in Liestal bietet jedem Einzelnen die Möglichkeit, der Freude an Bewegung individuell und nach eigenen Bedürfnissen nachzukommen. Er soll nicht nur inaktive Menschen zur Bewegung und Sport animieren, sondern auch den Bewegungsdrang bereits aktiver Sportlerinnen und Sportler unterstützen. Der Bewegungspark ist mehrheitlich an ein erwachsenes Zielpublikum gerichtet – ohne dabei die Jugendlichen von diesem Bewegungsangebot ausschliessen zu wollen. Denn der positive Gesundheitseffekt von Bewegung gilt für alle Generationen gleichermassen. Körperlich aktive Menschen leben länger, sind weniger pflegebedürftig und im Alter autonomer. Nur eine halbe Stunde körperliche Aktivität pro Tag reicht aus, um Gesundheit, Wohlbefinden, Lebensqualität und Leistungsfähigkeit nachhaltig zu verbessern. Die Geräte am Standort Liestal sind so aufgeteilt: 4 Geräte für die Beweglichkeit (vor allem für ältere Erwachsene), zwei Geräte für die Aktivierung des Kreislaufes (für alle Zielgruppen geeignet), ein Gerät für das Gleichgewicht (für alle Zielgruppen geeignet) und drei Geräte für die Kräftigung (für eher sportliche Personen geeignet). Ein Grossteil der Geräte ist demnach für ältere Erwachsene sehr geeignet."
Unserer Jugend wird ja oftmals der Vorwurf gemacht, dass sie nicht mehr wisse, was sie in der Freizeit unternehmen soll, was angeblich früher anders gewesen sein soll. Liestal verfügt über 1'000 Hektaren an Wald, Wanderwege, Bikerstrecken, die Sport- und Freizeitanlagen im Gitterli, über 200 Vereine usw. Er möchte an die Eigeninitiative aller jungen und auch älteren Bewohner Liestals appellieren, denn die Stadt kann nicht alles hinstellen und auch noch

finanzieren. Der Vorschlag für eine Realisierung einer solchen Anlage in der Allee ist nicht prüfenswert, wird doch für eine solche Anlage eine grössere Fläche beansprucht.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) erklärt als Interpellantin, dass sie die Diskussion wünsche.

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass vom Rat die Diskussion nicht bestritten wird.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) hält als Interpellantin fest, dass auch sie mit Abklärungen mit dem Sportamt getroffen habe. Auch war sie davon ausgegangen, dass man in der Allee die bestehenden Spielgeräte mit zwei bis drei zusätzlichen Bewegungsgeräten für Seniorinnen und Senioren erweitern würde. Sie wird nun weitere Punkte abklären und kommt gegebenenfalls in einem späteren Zeitpunkt auf ihren Vorschlag zurück.

Lisa Faust (GL) bemerkt, ihre Fraktion habe grosse Sympathien für die Idee der Interpellantin und könnte sich auch die Realisierung in der Allee vorstellen, wo ja die Raumplanung auch noch nicht abgeschlossen sein dürfte. Bewegungsmöglichkeiten sind natürlich auch ohne Geräte möglich und so fördert beispielsweise die Stiftung "Hoppla" auch Mehrgenerationen-Spielplätze. Diese Stiftung könnte zur Beratung angefragt und gegebenenfalls auch um einen finanziellen Beitrag ersucht werden. Auch das Projekt "gesund unterwegs" des Kantons fördert die Gesundheitsförderung. Solche Anlagen dienen ja nicht nur der Gesundheit und Bewegungsförderung, sondern sind auch Treffpunkt, wo man sich austauschen kann.

Marianne Quensel (SP) legt dar, dass sie selbst in einer Gegend wohne, wo man über solche Bewegungsgeräte verfüge. Diese werden länger und mehr von älteren Einwohnern benützt. Sie kann sich aber nicht vorstellen, dass man solche Geräte in der Allee aufstellt, denn ältere und auch jüngere Menschen möchten sich wohl kaum bei der Benützung der Geräte in der Öffentlichkeit zur Schau stellen. Es könnte ja ein Konzept ausgearbeitet werden, mit welchem jungen und auch älteren Leuten Sportgeräte angeboten würden, doch dies sollte nicht unbedingt in der stark frequentierten Allee sein.

Ratspräsident Werner Ficher (FDP) stellt fest, dass zur Interpellation keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Interpellation Nr. 2019/144.

247 0.01.011.01 Einwohnerrat

4. Deponie Elbisgraben - Interpellation betreffend erhöhte Arsenwerte in der Deponie Elbisgraben von Loris Jeitziner und Dominique Meschberger der SP-Fraktion (Nr. 2019/145)

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

Loris Jeitziner und Dominique Meschberger *21.Mai 2019*
namens der SP-Fraktion

Interpellation
betreffend erhöhte Arsenwerte in der Deponie Elbisgraben

«Liestal hat ein Problem mit Arsen» steht in der BZ vom 15.4.19.
Es wird berichtet, dass Sickerwasserdaten erhöhte Arsenwerte zeigen. Sie sind auf industrielle Stoffe zurückzuführen.
«Die Schlacke entstand beim Recycling von Batterien und Akkumulatoren bei 1100 Grad Celsius im Drehrohrofen der Firma Metallum AG» wird erklärt.
Die Entsorgung des Materials wird den Kanton teuer zu stehen kommen.

Unsere Fragen an den Stadtrat:

- *Wurde die Stadt über Situation am Elbisgraben informiert?*
- *Was ist hier schiefgelaufen?*
- *Wie und wann wird die fachgerechte Entsorgung stattfinden?*
- *Wie könnte sich die Situation auf unsere Gewässer auswirken?*
- *Werden Mensch und Natur durch den Arsenüberschuss heute oder in Zukunft beeinträchtigt?*
- *Welche Massnahmen werden ergriffen um in Zukunft zu hohe Werte von Giftstoffen auf Deponien zu vermeiden?*

* * * * * * * * * * * * *

Marie-Theres Beeler hält fest, dass sie vor der Beantwortung der Interpellationsfragen doch noch über ein paar allgemeine Punkte betreffend der Elbisgraben-Deponie informieren möchte: Auf dem Gemeindegebiet von Liestal gibt es drei Deponien. So die Kehrichtdeponie Lindenstock, welche seit 1991 nicht mehr in Betrieb ist, aber als Altlast noch unter Aufsicht und Kontrolle ist. Dort gibt es seit 1994 eine Oberflächenabdeckung, welche auch aufgeforstet wird. Die Deponie Höli ist eine Inertstoffdeponie für Aushubmaterial und nicht verschmutzte Bauabfälle. Und bei der Interpellation Nr. 2019/145 geht es ja um die Deponie Elbisgraben, welche vom Kanton betrieben wird und auf den Gemeindegebieten von Liestal und Füllinsdorf liegt. Dort wurden in der Zeitspanne von 1982 - 1999 Kehricht-, Industrie- und Gewerbeabfälle deponiert. Anschliessend wurden alle brennbaren Kehrichtabfälle in die Kehrichtverbrennungsanlagen gebracht. Heute werden nur noch Kehrichtschlacke, Klärschlammschlacke und unverbrennbare Materialien mit erhöhter Umweltgefährdung, zum Teil nach intensiver Vorbehandlung, in die Deponie Elbisgraben gebracht. Die Deponie steht unter strenger Überwachung, hat eine doppelte Basisabdichtung mit eigener Entwässerung und Entgasung. Verantwortlich für den Betrieb und die Überwachung ist der Kanton. Bei der Deponie Elbisgraben besteht eine Deponie des Typus C mit früheren Reststoffdeponie, wo die gefährlicheren Abfälle deponiert wurden. Bei der Deponie Typus D wurden Klärschlamm und Schlacken abgelagert. Bei der Deponie Typus E wurden Stoffe, die biologische oder chemische Prozesse auslösen können, deponiert. Dort muss alles verunreinigte Sickerwasser aufgefangen und behandelt werden. Der Kanton Baselland versichert, dass die Deponie ge-

mäss Gesetzgebung überwacht und unterhalten wird. Im Verlauf der Jahre hat man nun festgestellt, dass das Sickerwasser des Kompartimentes C in Schwankungen aufgrund von Witterungsverhältnissen immer wieder schwächer oder stärker arsenbelastet war und behandelt werden musste, bevor es in die Kehrichtverbrennungslage geleitet wurde. Und weil das nicht aufhörte, hatte man intensiv mögliche Ursachen abgeklärt. Die Untersuchung hat ergeben, dass die Ursache auf Schlacke der ehemaligen Firma Metallum AG zurückzuführen ist. Diese Firma hatte bis vor 10 Jahren eine Anlage zur Verwertung von Batterien und Akkus betrieben. Man gewann Blei als Wertstoff zurück und verkaufte Bleibarren auf dem Weltmarkt. Und beim Einschmelzen des Blei bei 1'100 Grad Celsius entstand giftige Schlacke, die früher im Reststoffkompartiment C abgelagert wurde. Es gibt im Elbisgraben 226'000 Tonnen an Metallum-Schlacke. Und für die Folgekosten kommt auch niemand mehr auf, da es die Firma nicht mehr gibt. Rund 8'000 - 10'000 Tonnen war in einem Hotspot gelagert, den man entfernen und isolieren konnte. Aber der Rest kann nicht mehr entfernt werden, da sich die Schlacke mit anderen Materialien vermischt hatte. Die Abklärungen haben nun gezeigt, dass diese Metallum-Schlacke über einen sehr langen Zeitraum nach Deponieabschluss giftig bleiben wird und zu Emissionen führen kann. Sie muss darum aus dem Deponiekörper entfernt werden und extern in einer unterirdischen Deponie entsorgt werden. Ohne diese Massnahmen könnte die Deponie nie geschlossen werden. Und zur Finanzierung dieser abfallrechtlichen Massnahme musste vom Kanton ein Rückstellung von 32 Millionen gemacht werden. Das meiste Material ist also im Deponiekörper C verteilt und muss ausgegraben werden, abtransportiert, und endentsorgt werden. Und die Fragen der Interpellanten kann sie wie folgt beantworten:

Zu den Fragen 1 + 2: Am 10. April 2019 wurde die Presse über die Jahresrechnung des Kantons mit der hohen Rückstellung von 32 Mio. Franken für die Deponie Elbisgraben informiert. Es gab eine Rückfrage von Seiten der Presse zum Grund der Entfernung arsenhaltiger Schlacke und dazu, ob die Standortgemeinden Liestal und Füllinsdorf denn von der Problematik überhaupt wisse. Am 11. April wurden dann die Standortgemeinden aufgrund dieser Medienanfrage über den Sachverhalt informiert, was zu grossem Ärger führte, weil den Medien via Jahresrechnung eine Deponieproblematik kommuniziert wird, von der die Standortgemeinden nichts wissen. Am 15. April erschien dann der erwähnte Artikel in der Basellandschaftlichen Zeitung unter dem Titel „Arsenwerte im Sickerwasser Elbisgraben“. Der Ärger über die ungenügende Kommunikation an die Standortgemeinden wurde vom Stadtpräsidenten gegenüber dem AUE kommuniziert und eine aktive Informationspolitik gefordert. Es geht klar nicht, dass wir als Standortgemeinde vom Kanton nicht über Probleme mit Deponien auf unserem Gebiet aktiv und transparent informiert werden. Im Juni fand ein Treffen mit dem Kanton statt, bei welchem auch die Grundlage für die Interpellationsbeantwortung geschaffen wurden. Ferner wurde abgemacht, dass es jährlich einen Termin mit dem AUE über aktuelle betriebliche Themen und Massnahmen zum Bodenschutz gibt. Und es wurde abgemacht, dass die Gemeinden in jedem Fall in genügendem Zeitabstand vor der Presse informiert werden, wenn es Probleme geben sollte.

Zur Frage 3: Es handelt sich um eine komplexes und aufwändiges Vorhaben. Es werden Varianten geprüft, wie und wo man was entsorgt. Aufgrund der Tatsache, dass es gegenwärtig zu keinen schädlichen Umweltauswirkungen kommt, besteht keine Dringlichkeit. Im Fokus steht die Variantenprüfung, so dass man auf einem Vorgehens- und Entsorgungskonzept eine Entfernung der Metallum-Schlacke vornehmen kann. Auf jeden Fall wird die Schlacke aus der Deponie genommen und ausserhalb des Gemeindegebietes von Liestal entsorgt.

Zur Frage 4: Es gibt im Moment keine Auswirkungen auf die Gewässer. Das Sickerwasser wird auf der Deponie vorbehandelt und das Arsen entfernt.

Zur Frage 5: Mensch und Natur werden nicht beeinträchtigt, doch haben die Steuerzahler die Folgekosten zu tragen, da es die verursachende Firma nicht mehr gibt.

Zur Frage 6: Die Metallum-Schlacke ist zwischen 1991 - 2007 abgelagert worden. Zwischenzeitlich sind strengere Vorschriften im Umweltbereich in Kraft gesetzt worden. So haben wir heute im Kanton die Deklarationspflicht für alle Abfälle, welche auf der Deponie Elbisgraben abgelagert werden. Die Abfallabgeber haben so auch Angaben zur Schadstoffbelastung zu machen. Eine Deponierung ist auch erst dann zulässig, wenn die Deponiebetreiberin und auch das AUE als Aufsichtsbehörde der Ablagerung zugestimmt haben. Aufgrund dieser

Bestimmungen sollten solche Vorfälle heute mit grosser Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen werden können.

Dominique Meschberger (SP) erklärt als Interpellantin, dass man die Diskussion wünsche.

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass vom Rat die Diskussion nicht bestritten wird.

Dominique Meschberger (SP) dankt als Interpellantin für die Beantwortung der Fragen. Die Metallum-Schlacke konnte ja bis 2007 abgelagert werden und somit liegt die Verantwortung nicht nur bei der Abgabefirma, sondern auch beim Kanton als Deponiebetreiberin. Die Schlacke ist damals wohl unwissend deponiert worden. Liestal verfügt über mehrere Deponien auf ihrem Gemeindegebiet und die Vergrösserung der einten Deponie wird im Moment gerade diskutiert. Man sollte deshalb die Problematik ernst nehmen und alarmierend ist ja schon auch die mangelhafte Kommunikation in der Vergangenheit.

Michael Durrer (GL) führt aus, dass allen die Schwierigkeit bei der Suche von neuen Deponien jeglicher Art bekannt ist, zumal der Widerstand aus der Bevölkerung zunehmends grösser wird. Um so wichtiger ist es, dass bereits bestehende Deponien sicher sind. So kann man auf der Homepage des Kantons nachlesen, dass in der Deponie Elbisgraben umweltgerecht und sicher eingelagert wird. Für die Kontrolle der Deponien zeichnet ebenfalls der Kanton verantwortlich und sollte wirklich einmal etwas schief laufen, sollte vom Kanton doch zumindest eine rasche, offene und klare Kommunikation erwartet werden. Dies hatte im vorliegenden Fall definitiv nicht stattgefunden und so kann man nur hoffen, dass man daraus die Lehren ziehen wird. Die stadträtlichen Informationen hätte eigentlich vom Kanton längst an die ganze Bevölkerung erfolgen sollen.

Peter Küng (SP) hofft, dass dem Kanton zumindest bekannt ist, was in den Deponien abgelagert wurde und beispielsweise auf dem Schleifenberg nicht noch eine weitere Altlasten-Bombe zum Vorschein kommt. Und so kann man nur hoffen, dass man nicht wieder in den Zeitungen von neuen Altlastenproblemen in Deponien lesen muss. Die heutigen Informationen haben doch Verunsicherung und Angst ausgelöst und der Stadtrat sollte bezüglich den örtlichen Deponien beim Kanton nicht klein beigeben und insistieren, sollte dies nötig sein.

Domenic Schneider (CVP/EVP/GLP) bemerkt, dass alleine von der Metallum AG rund 226‘000 Tonnen an Schlacke über einen längeren Zeitraum in der Deponie Elbisgraben abgelagert wurden. Der Stadtrat müsste deshalb schon auch beim Kanton intervenieren und schauen, dass auch künftig deponiertes Material gründlich untersucht wird. Auch in den sogenannten problemlosen Deponien müssten vermehrt Kontrollen gemacht werden.

Stadträtin Marie-Theres Beeler führt aus, dass der Kanton schon weiss, was deponiert wird. Und so konnte auch klar identifiziert werden, welche Firma die Schlacke damals abgelagert hatte. Solche Schlacke dürfte heute schon gar nicht mehr in eine Deponie gebracht werden.

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) stellt fest, dass zur Interpellation keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Interpellation Nr. 2019/145.

248 0.01.011.01 Einwohnerrat

5. Parkkarten - Postulat betreffend Parkkarten auf öffentlichen Parkplätzen von Hanspeter Meyer namens der SVP-Fraktion, Daniela Reichenstein namens der FDP-Fraktion und Stefan Fraefel namens der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2019/149)

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

Hanspeter Meyer namens der SVP-Fraktion
Daniela Reichenstein namens der FDP-Fraktion
Stefan Fraefel namens der EVP/CVP/GLP-Fraktion *24. Juni 2019*

P o s t u l a t
betreffend Parkkarten auf öffentlichen Parkplätzen

Wir haben festgestellt, dass auf gebührenpflichtigen Parkplätzen unzählige Fahrzeuge mit Jahresparkkarten abgestellt sind, und zwar folgende Kategorien:
- *Jahreskarten, die nur für Obergestadeck und Nonnenboden gelten*
- *Jahreskarten, die für das gesamte Stadtgebiet gelten*
- *Jahreskarten, die vor allem für die Schulhäuser gelten.*

Aussteller dieser Karten sind die Sicherheitsabteilung der Stadt sowie die Gribi Liegenschaftsverwaltung.
In Parkierungsreglement und in der Verordnung haben wir keine Hinweise über diese Ausnahmebewilligungen gefunden. Einzig bei Handwerkerparkkarten ist das Parkieren auf gebührenpflichtigen Plätzen erlaubt.
Da die Parkplatzsituation in Liestal ohnehin schwierig ist – und sich durch den Wegfall der Plätze auf dem Konrad-Peter-Areal noch verschärfen wird - sollten die wenigen öffentlichen Parkplätze der Kundschaft zur Verfügung stehen und nicht durch Dauerparkierer blockiert sein.
Wir bitten den Stadtrat um entsprechende Überprüfung und um Bericht an den Einwohnerrat zu folgenden Fragen:
1. *Aufgrund welcher gesetzlichen Grundlage werden die oben erwähnten Parkkarten ausgestellt?*
2. *Wer kann solche Parkkarten erwerben, und zu welchem Preis?*
3. *Ist der Stadtrat auch der Meinung, dass die gebührenpflichtigen öffentlichen Parkplätze nicht zweckentfremdet werden sollen?*
4. *Welche Alternativen zu den offensichtlich ausgestellten Parkkarten gibt es in Liestal?*

* * * * * * * * * * * * *

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) informiert darüber, dass sich das Büro darüber unterhalten hatte, ob es sich beim vorliegenden Vorstoss um ein Postulat oder um eine Interpellation handelt. Dieses schlägt dem Rat vor, dass man den Vorstoss als Postulat behandelt. Künftig wird das Büro die Rechtmässigkeit von Vorstössen früher prüfen und gegebenenfalls Massnahmen veranlassen. Der Stadtrat ist bereit, das Postulat zu übernehmen.

Hanspeter Meyer (SVP) dankt als Postulant dem Stadtrat dafür, dass dieser den Vorstoss übernehmen würde. Die Interpellation Nr. 2019/129 betreffend den Parkkarten ist an der Sitzung vom 22. Mai 2019 vom Stadtrat nicht zur Zufriedenheit des Interpellanten und einiger Ratsmitglieder beantwortet worden, weshalb nun ein Postulat eingereicht wurde. Den Verfassern der beiden Vorstösse geht es hauptsächlich darum, dass die öffentlichen Parkplätze nicht zweckenfremdet werden.

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass sich die Mitpostulanten Daniela Reichenstein (FDP) und Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) nicht zum Vorstoss äussern möchten und keine Ergänzungen anzubringen haben.

Beat Gränicher (SVP) stellt betreffend den beiden Parkkarten-Vorstössen fest, dass Fehler gemacht wurden. Der Vorstoss Nr. 2019/149 ist wohl richtigerweise eher eine Interpellation als ein Postulat. Dieser wäre aber schon gar nicht nötig gewesen, wäre seine Interpellation Nr. 2019/129 an der Mai-Sitzung nicht so laienhaft beantwortet worden. Aus den Fehlern wird man nun hoffentlich die Lehren ziehen.

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass von Stadträtin Regula Nebiker und den Ratsmitgliedern keine weiteren Wortbegehren zum Postulat angemeldet werden.

://: Einstimmig wird das Postulat Nr. 2019/149 an den Stadtrat überwiesen.

249 0.01.011.01 Einwohnerrat

6. Klimaangepasste Stadtentwicklung - Postulat «Klimaangepasste Stadtentwicklung: Analyse - Strategie - Massnahmen für erhöhte Lebensqualität in Liestal» von Benjamin Holinger der Grünen Fraktion, Loris Jeitziner der SP-Fraktion und Vreni Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2019/150)

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

Postulat

Klimaangepasste Stadtentwicklung
Analyse – Strategie – Maßnahmen für erhöhte Lebensqualität in Liestal

«Mit dem Klimawandel werden Hitzeperioden häufiger, länger und heisser. In Städten und Agglomerationen ist die Hitzebelastung besonders gross, denn die vielen versiegelten Flächen absorbieren die Sonnenstrahlung und heizen die Umgebung auf. Die Stadtplanung kann diesen sogenannten Hitzeinseleffekt reduzieren, indem sie den Aussenraum klimaangepasst gestaltet. Dazu müssen Freiräume mit Grünflächen, Schattenplätzen und frei zugänglichen, kühlenden Wasserelementen geplant werden. „(BAFU (Hrsg.) 2018: Hitze in Städten. Grundlage für eine klimaangepasste Siedlungsentwicklung. Bundesamt für Umwelt, Bern. Umwelt-Wissen, Nr. 1812: S 6ff).
Wie die vergangenen Sommer zeigten, ist das Thema auch für Liestal relevant. Insbesondere daher, weil Liestal ein starkes Wachstum anstrebt und dies unbestrittenerweise nach innen/verdichtet. Die Hitze in den Städten als Folge des Klimawandels führt zu erheblichen gesundheitlichen Schäden insbesondere für ältere Mitmenschen (vgl. ebd. S. 9). Maßnahmen gegen das weitere Aufheizen unserer Erde müssen global, national und regional getroffen werden und Liestal hat einen ersten Schritt in diese Richtung im Februar unternommen. Doch parallel dazu müssen lokal Maßnahmen gegen die Auswirkungen der Klimaveränderung ergriffen werden, um deren negative Folgen im Interesse von Menschen, Natur und Wirtschaft abzufedern. In der aktuellen Entwicklungsplanung der Stadt Liestal findet sich dazu keine Analyse der möglichen Auswirkungen und folglich auch keine Strategie verbunden mit griffigen Maßnahmen.
Daher wird der Stadtrat mit diesem Postulat aufgefordert, sich dieses Themas strukturiert anzunehmen und sich dabei an den Empfehlungen des Bundesamtes für Umwelt zu orientieren. In dem zitierten Bericht wird ein stufenweises Vorgehen über die Schritte Analyse, Strategie und Massnahmen empfohlen, verbunden mit Handlungsempfehlungen. Für die Umsetzung muss sich die Stadt das entsprechende Know-how bei Bund und Kanton einholen und die notwendigen Kompetenzen in der Verwaltung schaffen. Weiter müssen die dazu erforderlichen Mittel in der Entwicklungsplanung ausgewiesen werden. Die Umsetzung soll in Kooperation mit den grössten Grundeigentümern in Liestal erfolgen.
Ein Blick auf die bewährten Maßnahmen anderer Städte, wie verstärktes Stadtgrün, Entsiegelung der Böden, Begrünung von Gebäuden und Entdohlung von Bächen, zeigen, dass dies in Liestal zu erhöhter Lebensqualität führen würde.
Darum wird der Stadtrat gebeten,

- *ortsspezifische Folgen der Klimaerwärmung zu eruieren,*
- *um sinnvolle Gegenstrategien zum Erhalt der Lebensqualität einzuleiten*
- *sowie kurz-, mittel- und langfristige Massnahmen zu treffen und diese in jedem Entwicklungsplan zu konkretisieren*

Liestal, 24. Juni 2019

Benjamin Holinger	*Loris Jeitziner*	*Vreni Wunderlin*
Grüne Fraktion	*SP Fraktion*	*CVP / EVP / GLP - Fraktion*

* * * * * * * * * * * * *

Stadtrat Franz Kaufmann legt dar, dass der Stadtrat bereit sei, den Vorstoss zur Prüfung und Beantwortung zu übernehmen, da dieses Thema doch künftig in den Entwicklungsplänen abgehandelt werden soll. In Bezug auf die Themen Klima und Umwelt sind nun die Mehrheitsverhältnisse im Einwohnerrat so, dass diesbezüglich an jeder Sitzung ein Postulat an den Stadtrat überwiesen werden kann. Solche Vorstösse sind aber derart komplex in der Fragestellung, dass man diesen auch ein Preisschild anhängen wird. So ist auch im vorliegenden Vorstoss von Analysen, Massnahmenkatalogen, Handlungsfeldern usw. die Rede, welche mit den vorhanden Ressourcen nicht erstellt werden können. Er selbst ist auch skeptisch, ob man mit diesem Pingpong schlussendlich wirklich voran kommen wird. Die durch Vorstösse aufgegleisten Projekte können kaum integriert werden und von den Verfassern der Vorstösse werden auch keine Vorschläge gemacht, wie diese in den Budgets und Entwicklungsplänen integriert werden könnten. Der Rat kann auch ohne Vorstösse bereits heute Einfluss nehmen und beispielsweise bei Quartierplänen bestimmen, wie gross der Anteil an versiegelten Flächen sein darf, wie es im vorliegenden Postulat erwähnt wird. Und auch bei Strassenbauprojekten kann der Einwohnerrat beispielsweise bestimmen, ob man den Belag nun teeren oder einfach mit Mergel versehen soll. Vielleicht sollten die vorhandenen Möglichkeiten vom Rat besser zu Gunsten der Umwelt und des Klimas genutzt werden. Auch könnten beispielsweise in einer Arbeitsgruppe einmal pragmatische Massnahmen thematisiert werden.

Benjamin Holinger (GL) dankt als Postulant für die stadträtliche Zusage betreffend der Postulatsbeantwortung. Beim Vorstoss geht es nicht um den Klimaschutz, sondern um Massnahmen, die man zum Schutz der Bevölkerung vor dem Klimawandel treffen könnte. Es ist sicher kein einfaches Unterfangen und er kann der gemachten Aussage zustimmen, dass es sich um einen komplexen Vorstoss handelt. Auch hier im Rat gibt es einen Konsens betreffend einer verdichteteren Bauweise und betreffend den daraus resultierenden Folgen wie beispielsweise die fehlende Kühlung durch den Wind in den Städten usw. sind vom Bund bereits Unterlagen sowie Empfehlungen ausgearbeitet worden. Natürlich kann der Rat bereits heute Einfluss nehmen und entscheiden, ob denn nun wirklich alle Parkplätze geteert we oder ob andere Optionen geprüft werden sollen. Die Zukunft fängt heute an es braucht eine Strategie und Überlegungen im Zusammenhang mit möglichen Massnahmen für eine klimaangepasste Stadtentwicklung. Und es ist ebenfalls logisch, dass man mögliche Massnahmen mit einem Preisschild versieht. Mit der Aufnahme in den Entwicklungsplan sind der Stadtrat und auch der Einwohnerrat gezwungen, sich immer wieder mit diesem Thema zu befassen.

Loris Jeitziner (SP) meint als Postulat-Mitunterzeichner, dass man gerade an der letzten Ratssitzung die Temperaturunterschiede im heissen Stedtli bzw. Landratssaal zum anschliessenden Nachtessen auf dem Bienenberg im Grünen mit aller Deutlichkeit am eigenen Leib verspüren konnte. Wir müssen uns bewusst werden, dass es halt immer wärmer wird und man halt auch im Zusammenhang mit der Stadtentwicklung mögliche Massnahmen prüft und veranlasst, denn die Hitzewellen bringen verschiedenste gesundheitliche Probleme für die Bevölkerung mit sich, sind diese psychischer oder physischer Art. Auf die Folgen der Klimaveränderung müssen wir vorbereitet sein und Massnahmen treffen.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) verweist als Postulantin auf das im Vorstoss erwähnte Dokument des BAFU, welches wichtige Informationen sowie prüfenswerte Empfehlungen beinhaltet. So regen beispielsweise Fachleute an, die Hitzevorsorge durch rechtliche Verankerungen verbindlicher zu machen. Auch die Lancierung einer Kampagne für Hauseigentümer wäre gegebenenfalls noch eine prüfenswerte Idee. Weitere vorsorgliche Massnahmen dürften die Lebensqualität der Bevölkerung steigern. Für die positive Aufnahme des Postulates und die Überweisung an den Stadtrat dankt sie namens der Postulanten bestens.

Markus Rudin (SVP) äussert, dass er kürzlich auf einer Panorama-Tafel auf der Belchenfluh gelesen hatte, dass es schon seit je her immer wieder ausserordentliche Hitze- und Kälteperioden gab, mit welchen man zu kämpfen hatte. Liestal ist seit 2008 Energiestadt und man hat schon viel für das Klima unternommen sowie verschiedene Energiesparmassnahmen umgesetzt. Dies ist auch immer wieder ein Thema in der BPK bei der Vorberatung von Quartierplänen usw. Sinnvolle Massnahmen werden auch von seiner Fraktion unterstützt, doch wehre man sich gegen sinn- und kopflose sowie unnütze Massnahmen, die nur viel kosten und nichts bringen. Nur mit gemeinsamen Bemühungen und zum Teil auch mit Kompromissen können Resultate und Ziele erreicht werden. Und so möchte man zuerst Resultate der bereits überwiesenen Motion zum Thema Klimapolitik sehen, bevor dass man an jeder Ratssitzung wieder neue Vorstösse zu demselben Thema diskutiert und überweist. Die Fülle an Vorstössen zum gleichen Thema lässt sich kaum bewältigen und so wird die SVP-Fraktion die Überweisung des neuen Postulates Nr. 2019/150 nicht unterstützen.

Bruno Imsand (FDP) teilt mit, dass seine Fraktion der Überweisung des Postulates zustimmen wird, nachdem sich der Stadtrat dahingehend geäussert hatte, dass er dieses übernehmen würde. Im Zusammenhang mit der Postulatsbeantwortung soll der Stadtrat doch auch aufzeigen, wie der Einwohnerrat und seine Kommissionen bei diesem Thema in die Verantwortung genommen werden kann.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) legt dar, dass er sich nach all den vorgängigen Voten und Überlegungen auch noch nicht schlüssig ist, ob das Postulat an den Stadtrat überwiesen werden soll oder nicht. Es ist natürlich schon auch eine Preisschild-Frage bei solchen Vorstössen, doch der Stadtrat hat ja eine sehr grosse Bandbreite, wie er ein Postulat prüfen und umsetzen möchte. Der Vorstoss Nr. 2019/150 kann sicher kostengünstig geprüft und erledigt werden.

Natalie Oberholzer (GL) meint, man müsste schon Klimaschutz und Klimaanpassungsmassnahmen klar trennen und um Letzteres geht es beim nun vorliegenden neuen Postulat. Sie kann dem Stadtrat zustimmen, dass man den Stadtrat und die Verwaltung sowie auch das Budget nicht wegen Vorstössen überstrapazieren sollte. Und deshalb braucht es eine Nachhaltigkeitsbeauftragte oder einen Nachhaltigkeitsbeauftragten, damit man genau bei solchen Themen frühzeitig voraussehen und eingreifen kann.

Hanspeter Meyer (SVP) berichtet, dass die SVP-Fraktion offen für Massnahmen ist, die etwas bringen. Es müssen gemeinsam regionale Lösungen gesucht werden, denn das Klima macht keinen Halt bei Gemeindegrenzen. So macht es dann wenig Sinn, wenn jede Gemeinde einen Umweltschutzbeauftragten anstellen würde.

Michael Durrer (GL) freut es, wie alle Fraktionen offen für gute Lösungen plädieren. Am 13. November 2019 wird eine Veranstaltung in der Kantonsbibliothek in Liestal organisiert, bei welcher es darum geht, was man in Liestal selbst zum Klimanotstand unternehmen könnte. Den Ratsmitgliedern wird die Teilnahme an dieser Veranstaltung bereits heute empfohlen.

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren mehr zum Postulat angemeldet werden.

://: Mit 27 Ja-Stimmen gegen 6 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen wird das Postulat Nr. 2019/150 an den Stadtrat überwiesen.

250 0.01.011.01 Einwohnerrat

7. Stadthalle - Interpellation «Stadthalle light» von Pascale Meschberger der SP-Fraktion (Nr. 2019/152)

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

Pascale Meschberger
SP Fraktion *23.06.2019*

Interpellation
„Stadthalle light“

In den letzten Wochen ist zu vernehmen gewesen, dass die Führung des Hotel Engel die „Engelsäle“ an die Stadt abgeben wird. Fraglich bleibe der Zugang, da das Foyer dem Hotel gehöre.
Liestal als Kantonshauptort mangelt es an einer Stadthalle. Es gibt zwar diverse Lokalitäten in Liestal, die zu teilweise beträchtlichen Beträgen gemietet werden können. Eine offizielle, multifunktionale Halle, die auch der Identifikation der Stadt dient, existiert aber nicht. Diesbezüglich ist ein Postulat von HP Meyer, SVP, hängig.
Der Bedarf ist ohne Frage gross, im Folgenden nur ein paar Beispiele, wofür eine solche Halle genutzt werden könnte: Vereinsanlässe, Fasnachts-Veranstaltungen, Konzerte, Theater, Messen, Delegiertenversammlungen aus dem ganzen Kanton, Brevetierungen, Podien usw.

Fragen an den Stadtrat:
- *Wie ist der aktuelle Stand bezüglich der „Engelsäle“?*
- *Gäbe es architektonische Möglichkeiten, diese Säle für die Stadt Liestal gut zugänglich zu machen?*
- *Ist der Stadtrat bereit, die „Engelsäle“ bis zur Erarbeitung einer besseren Lösung als Stadthalle, evt. gegen ein kleines Entgelt (Miete), zur Verfügung zu stellen?*

Pascale Meschberger

* * * * * * * * * * * * *

Stadtrat Franz Kaufmann führt aus, dass der Engelsaal wohl ein Hauptthema der Interpellation ist. Der Engelsaal gehört der Stadt Liestal und die Vereinbarung bzgl. der Bespielung desselben ist von der Hoteleigentümerin gekündigt worden. Das Hauptproblem für die Stadt ist nun, dass das Foyer und die rückwärtigen Räume dem Hotel gehören, doch ist das Zugangsrecht mit dem Bau eines separaten Einganges gewährleistet. Die baulichen Massnahmen wurden abgeklärt und die Folgekosten werden auf rund CHF 300'000.-- beziffert. Weiter muss noch ein Betreiber des Engelsaals gesucht und gefunden werden, da dies die Stadt selbst nicht tun kann. Auch möchte man beibehalten, dass der Saal den Vereinen rund 12 x jährlich zur Verfügung gestellt werden kann. Die ersten zwei Fragen der Interpellation hat er somit bereits beantwortet und die dritte Frage muss er vereinen, da der separate Eingang noch fehlt und die feuerpolizeilichen Bedingungen noch nicht erfüllt werden können. Der Engelsaal wird wohl bei der Budget-Beratung 2020 wieder zum Thema werden.

Pascale Meschberger (SP) erklärt als Interpellantin, dass sie die Diskussion wünsche.

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass vom Rat die Diskussion nicht bestritten wird.

Pascale Meschberger (SP) dankt als Interpellantin für die stadträtlichen Auskünfte und betreffend dem Thema "Stadthalle" ja noch die Motion Nr. 2017/43 hängig ist. Liestal verfügt über ein sehr aktives Vereinsleben, doch fehlt ein grosser Saal für die Durchführung grösse-

rer Anlässe. Liestal kann sich den Bau einer grösseren Stadthalle im Moment sicher nicht leisten, doch vielleicht findet man eine bezahlbare Zwischenlösung und dies könnten natürlich schon die beiden Engelsäle sein.

Beat Gränicher (SVP) erklärt, dass der Einwohnerrat Liestal einen namhaften Betrag zu Gunsten des Engelsaales gesprochen hatte. In Muttenz ist der Mittenza-Saal kein Thema mehr. Auch in Liestal ist man froh, wenn man grössere Anlässe durchführen kann und dies ist in Liestal nur im Engelsaal möglich. Die Stadt hatte für den Engelsaal einen grösseren Investitionsbeitrag und anschliessend namhafte jährliche Beiträge für die Saalbenützung bezahlt und nicht gerade viel für das Geld bekommen. Nun wird der Vertrag von der Engel-Eigentümerschaft gekündigt und die Stadt muss noch mehr Geld in die Finger nehmen. Er frage sich deshalb schon, ob man als Stadt nicht Regress nehmen sollte.

Hanspeter Meyer (SVP) ist als Verfasser der Motion Nr. 2017/43 froh über den neuen Vorstoss und es ist schon sehr bedauerlich, dass man sich mit den Eigentümern des Hotels Engel nicht einigen konnte. Die Stadt hatte für den Engelsaal schon viel Geld in die Finger genommen und ist zahlreiche Kompromisse eingegangen, doch nun ist das Vertragsverhältnis durch die Engel-Betreiber aufgelöst worden. Es ist bedauerlich, dass kein Kompromiss gefunden werden konnte und er ist persönlich der Meinung, dass Liestal keine weiteren grösseren Beträge mehr in den Engelsaal investieren sollte. Man müsste eher die Lösung auf einer anderen Schiene suchen. Während der letzten Fasnacht ist beispielsweise eine grössere Veranstaltung in der Militärhalle organisiert worden, was trotz einigen Mängeln bei der Infrastruktur zu einem gelungenen Anlass wurde. Vielleicht könnte die Militärhalle eine mögliche günstige Zwischenlösung sein, denn die Verlegung von grösseren Veranstaltungen nach Lausen, Muttenz usw. ist für die Liestaler Vereine und Organisationen nicht ideal. Mit den Engel-Betreibern sollte zumindest eine Zwischenlösung ausgehandelt werden können.

Peter Küng (SP) erklärt, er habe sich als ehemaliges GPK-Mitglied schon einmal intensiv mit der Engel-Geschichte befasst und nun die Kündigung auch nicht ganz fair finde. Er macht beliebt, dass vom Stadtrat die Verhandlungen mit den Engel-Eigentümern nochmals aufgenommen werden, denn die Stadt Liestal dürfte den Engelsaal wohl selbst sowieso nicht betreiben können.

Stadtrat Franz Kaufmann führt aus, dass die Stadt selbst den Engelsaal auf keinen Fall selbst betreiben wird. In der Vereinbarung betreffend dem Engelsaal sind unterem anderem die Rücktrittsklauseln festgehalten und von den Engel-Betreibern wird im Zusammenhang mit der Kündigung festgehalten, dass sie den Saal nicht mehr kostendeckend betreiben können. Das muss nun die Stadt halt einfach so akzeptieren. Die Kündigung ist rechtsmässig erfolgt und betreffend dem Engelsaal-Betrieb hatte der Stadtpräsident und betreffend den baulichen Belangen hatte er selbst weitere Abklärungen getroffen. Das Interesse und die Nachfragen für die Engelsaal-Benützung sind gross und so ist für ihn die Kündigung auch nicht ganz nachvollziehbar, doch ein Rückkommen durch die Engel-Betreiber ist sehr unwahrscheinlich. Natürlich müssten die getätigten Investitionen bei der Pachtzinsberechnung für die neuen Betreiber des Engelsaales berücksichtigt werden. Die vorgängig erwähnte Zwischenlösung ist aus bekannten Gründen nicht möglich.

Verena Wunderlin (CVP/EVP/GLP) merkt an, dass sie den Engelsaal für eine Veranstaltung im April 2020 bereits gemietet habe und sie schon hoffe, dass dies klappen wird.

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) stellt fest, dass zur Interpellation keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Interpellation Nr. 2019/152.

251 0.01.011.01 Einwohnerrat

9. Fragestunde

1. Frage / Patrick Mägli (SP) - Kunstrasenfeld

Ich weiss zwar, dass der Stadtrat über den Kunstrasen informieren wird. Dennoch habe ich folgende Fragen für die Fragestunde: Die BPK empfahl dem Stadtrat, den Kunstrasen erst im 2020 auszutauschen. Diese Empfehlung wurde vom Einwohnerrat mit 36 Ja- gegen 4 Nein-Stimmen zur Kenntnis genommen. Wieso wurde doch bereits in den Sommerferien 2019 mit dem Austausch des Kunstrasens begonnen? Wieso konnten die Arbeiten zum Verlegen des neuen Kunstrasens immer noch nicht abgeschlossen werden, obwohl die ganzen Sommerferien zur Verfügung standen und die Fussballsaison jetzt startet?

Stadträtin Marie-Theres Beeler: An der Ratssitzung vom 26. Juni 2019 wurde ihre Information bei den stadträtlichen Mitteilungen wie folgt festgehalten: «Stadträtin Marie-Theres Beeler informiert, dass der Kunstrasen-Ersatz doch noch dieses Jahr realisiert wird. Die Terminverschiebung ins Jahr 2020 ist wunschgemäss geprüft worden. Die Ersatzanschaffung wird nun trotzdem im 2019 realisiert, da die offerierten Preise noch bis im August 2019 Gültigkeit haben und auch das Ausschreibungsverfahren muss nicht mehr wiederholt werden muss. Ab September 2019 fällt zudem dass Fussball-Spielfeld entlang dem Bahndamm weg und deshalb ist es wichtig, dass das Kunstrasenfeld noch dieses Jahr ersetzt werden kann.»
Der Sportplatz wird nicht nur als Trainingsmöglichkeit benötigt, sondern auch zur Austragung von Fussball-Meisterschaftsspielen, weshalb die Sanierung vorgezogen wurde. Auch möchte man nicht das Naturrasen-Spielfeld wegen dem fehlenden Kunstrasen-Sportplatz überbeanspruchen. Die zweite Frage hatte sie bereits im Zusammenhang bei den stadträtlichen Mitteilungen eingangs der heutigen Sitzung beantwortet.

2. Frage / Marianne Quensel (SP) - Vierspurausbau

Die erste Etappe des 4-Spur-Ausbaus ist schon bald vorbei. Die Baustelle betrifft weite Teile der Bevölkerung von Liestal. Deshalb meine Frage: Wie ist es bis anhin gelaufen und welches sind die nächsten Schritte und Herausforderungen?!

Stadtrat Franz Kaufmann: Der Baustart war sehr geprägt vom Rückbau verschiedener Gebäude, das fällen von Bäumen und verschiedenen anderen Vorbereitungsarbeiten. Der Bau der neuen Oristalunterführung führte zu ersten grösseren Verkehrsbehinderungen und auch die Aufweitung des Burgeinschnittes prägen die erste Bauphase. Es handelt sich um ein Jahrhundertbauwerk und so kann er auch nicht über die bereits gemachten Erfahrungen berichten. Herr Studer vom Stadtbauamt tauscht sich regelmässig mit den Baustellen-Verantwortlichen aus und bespricht Lösungen, die die Liestaler-Bevölkerung direkt betreffen. Auf der Homepage der Stadt wird unter "SBB Vierspurausbau" immer über Aktuelles berichtet und Ende Woche wird die Bevölkerung mit einem Informationsschreiben bedient. Zudem wird die Bevölkerung zu einem SBB-Infoimbiss auf 5. September 2019 eingeladen. Die SBB informieren zudem an einem Stand auf dem Bahnhof während dem Stadtfest vom 6. - 8. September 2019 über die bevorstehenden Bauarbeiten.

3. Frage / Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) - Spazier- und Veloweg entlang Ergolzufer

Auf der 2km langen Strecke vom unteren Gestadeckplatz bis zur Gemeindegrenze Füllinsdorf am Ergolzufer befinden sich 0 Sitzbänke, 0 Abfallkübel, immerhin 4 Robidogs, 5 Arten invasiver Neophyten und viel Abfall. Viel verschenktes Potential, welches nicht zur Geltung kommt. Meine Frage: Wer ist verantwortlich für die Pflege dieses Spazierweges und an wen kann ich mich wenden?

Stadträtin Marie-Theres Beeler: Die Betriebe der Stadt Liestal und der Kanton Baselland haben sich die Strecken und Aufgaben an diesem Uferweg aufgeteilt. So ist das Bedürfnis nach Bänken auch neu und diesbezüglich wäre ja sowieso der Kanton zuständig. Die Neophyten-

Bekämpfung erfolgt in Liestal hauptsächlich durch die beauftragte Bürgergemeinde beim Rösernbach und nun an der Frenke. Die Ergolz wird in den nächsten Jahren ebenfalls in den Fokus der Neophytenbekämpfung rücken. Der Input betreffend den fehlenden Abfallkübeln ist bereits aufgenommen worden und wird noch geklärt.

4. Frage / Beat Gränicher (SVP) - Wasserleitungen spülen

Wieso werden an der Gartenstrasse und an der Bruchackerstasse seit Wochen die Wasserleitungen gespült?

Stadträtin Marie-Theres Beeler: Die Antwort zu dieser Frage hat sie bereits bei ihrer Mitteilung eingangs der heutigen Sitzung beim Thema Trinkwasserverschmtzung gegeben.

Zusatzfrage Beat Gränicher (SVP): Haben denn die Hydranten-Spülungen einen direkten Zusammenhang der Trinkwasserschmutzung?

Stadtrat Marie-Theres Beeler: Die Spülarbeiten bei der Bruckackerstrasse und der Gartenstrasse haben einen Zusammenhang mit der Wasserverschmutzung und man hofft, dass diese nach Vorliegen der neuesten Resultate beendet werden können.

5. Frage / Beat Gränicher (SVP) - Passarelle im Burgeinschnitt

Toll, ist die Passarelle im Burgeinschnitt wieder für Fussgänger offen. Für Kinderwagen und Leute mit Einkaufswägeli leider unpassierbar! Gibt es da in absehbarer Zeit eine Möglichkeit oder ist der Aufwand zu gross?

Stadtrat Franz Kaufmann: Das Anliegen ist an die SBB bereits weitergeleitet worden.

6. Frage / Denise Meyer (SVP) - Fussgängerstreifen bei Eingliederungsstätte

Obiger Fussgängerstreifen ist nicht mehr angebracht worden, was zu sehr gefährlichen Situationen führt (Schulweg, Verbindung Busstation zur Eingliederungsstätte usw.) Das Trottoir endet im Niemandsland. Kann dies wieder korrigiert werden?

Stadtrat Franz Kaufmann: Die Verschiebung des Fussgängerstreifens ist auf den Umleitungsverkehr während der Bauphase bei der Oristalunterführung in Richtung Schauenburg zurückzuführen. Dies in Absprache mit der ESB und dem Kanton.

Zusatzfrage Denise Meyer (SVP): Ist es nicht paradox, dass der obere Fussgängerstreifen nicht benützt wird, die Fussgänger die Strasse irgendwo einfach überqueren und man beispielsweise mit dem Kinderwagen einen grösseren Umweg machen muss?

Stadtrat Franz Kaufmann: Er dankt für den Hinweis. Man wird die Situation beobachten und gegebenenfalls Korrekturen vornehmen.

7. Frage / Hanspeter Meyer (SVP) - Kreuzboden, Parkplätze

Erneut will der Kanton auf dem Kreuzboden provisorische Parkplätze erstellen (Baugesuch von dieser Woche). Warum gelingt es der Stadt nicht, den Kanton endlich dazu zu bewegen, seine Ländereien sinnvoller zu nutzen?

Stadtrat Franz Kaufmann: Das Baugesuch für die provisorischen Parkplätze hat einen Zusammenhang mit den SBB-Bauarbeiten. Das Areal wird bis 2025 für Parkplätze beansprucht. Für die künftige Umnutzung von der heutigen öW-Zone in eine Wohn- oder Gewerbezone ist mit dem Kanton die Masterplanung Rheinstrasse in Angriff genommen worden. Dieses Projekt ist vom Rat unter dem Titel "Masterplan Rheinstrasse" im Jahresprogramm und Budget 2019 angezeigt und bewilligt worden.

Hanspeter Meyer (SVP) stellt fest, dass ihn die Antwort nicht überrasche, doch fehle im einfach der Glaube daran, dass der Zonenplan wie gewünscht geändert wird.

* * * * * * *

Hanspeter Meyer (SVP) äussert, dass das Büro an der letzten Sitzung darüber informiert wurde, dass der Stadtrat unter den stadträtlichen Mitteilungen unter anderem über die Schweizer-Fahne beim Schleifenberg informieren wird, was er nun aber nicht getan hatte. Wegen der Vorankündigung wurde wohl auch auf die Einreichung diesbezüglicher Fragen verzichtet.

Stadtpräsident Daniel Spinnler kann nur das sagen, was bereits verschiedentlich kommuniziert wurde. Die Fahne ist vorschriftswidrig aufgehängt und diesbezüglich nun auch ein Gesuch eingereicht worden. Der Stadtrat ist für den Vollzug der Gesetze verantwortlich und das Gesuch wird weiter behandelt.

* * * * * * *

Schluss der Sitzung: 19.20 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Präsident

Werner Fischer

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann